

#POLITIK 17. Februar 2015

DGB: EU-Richtlinie droht Mitbestimmung auszuhebeln

Der DGB sieht die Unternehmensmitbestimmung durch eine EU-Richtlinie gefährdet. Hintergrund ist das Vorhaben der EU-Kommission, Unternehmen die Gründung von Niederlassungen im Ausland zu erleichtern und „Ein-Personen-Gesellschaften“ als Rechtsform einzuführen. Das hätte für die Arbeitnehmerrechte fatale Folgen, schreibt DGB-Experte Rainald Thannisch in einem Fachmagazin.



Der DGB sieht die Unternehmensmitbestimmung durch eine EU-Richtlinie gefährdet. Hintergrund ist das Vorhaben der EU-Kommission, Unternehmen die Gründung von Niederlassungen im Ausland zu erleichtern und „Ein-Personen-Gesellschaften“ als Rechtsform einzuführen. Das hätte für die Arbeitnehmerrechte fatale Folgen, schreibt DGB-Experte Rainald Thannisch in einem Fachmagazin.

Diese Richtlinie würde deutschen GmbHs massenhaft die Flucht aus der Unternehmensmitbestimmung ermöglichen. Großbritannien habe beispielsweise keine Mitbestimmungsgesetze - mit einer

Briefkastengesellschaft in London könnten deutsche Unternehmen die Mitbestimmung im Aufsichtsrat abschaffen, so Thannisch weiter.

Ausführliche Informationen (<http://www.dgb.de/themen/++co++5ead3088-b694-11e4-89c1-52540023ef1a>)